Erscheint täglich Abends 7 Uhr in der Expedition Marienstraße 13. Abonnementspreis vierteljährlich 22½ Ngr., durch die Post 25 Ngr. Einzelne Nr. 1 Ngr. — Auflage: 20,000 Exemplare.

Inseraten-Annahme auswärts: Haasenstein & Vogler in Hamburg, Berlin, Wien, Leipzig, Basel, Breslau, Frankfurt a. M. — Rud. Mosse in Berlin, Leipzig, Wien, Hamburg, Frankfurt a. M., München. — Daube & Co. in Frankfurt a. M. — Fr. Vägt in Chemnitz. — Havas, Laffite, Bullier & Co. in Paris.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Unterhaltung und Geschäftsverkehr.

Druck und Eigenthum der Herausgeber: Liepsch & Reichardt in Dresden. Verantwortl. Redacteur: Julius Reichardt.

Inserate werden Marienstraße 13 angenommen bis Ab. 6 Uhr, Sonntags bis Mittags 12 Uhr. In Neustadt: große Klostergasse 5 bis Abd. 5 Uhr. Der Raum einer einspaltigen Petitzeile kostet 1½ Ngr. Eingesandt die Zeile 3 Ngr.

Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Auswärtige Annoncen-Aufträge von uns unbekannten Firmen u. Personen inseriren wir nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Posteinzahlung. 10 Silben kosten 1½ Ngr. Auswärtige können die Zahlung auch auf eine Dresdner Firma anweisen. Die Exp.

Nr. 68. Achtzehnter Jahrgang. Mitredacteur: Dr. Emil Bierey. Für das Feuilleton: Ludwig Hartmann. Dresden, Sonntag, 9. März 1873.

Politisches.

Die größte Zahl der Droschken ist in Berlin wieder in Betrieb. Auch die Kutscher haben sich ihren Herren in der Politik des einstweiligen Nachgebens angeschlossen; sie fahren zunächst nach dem alten Tarif, jedoch wollen sie den neuen, vom Polizeipräsidenten Madai eingeführten, in jeder Droschke anzubringenden Wegemesser nicht annehmen, da sie denselben nicht zu handhaben verstünden. Das ist zwar bei so geriebenen Burschen, wie die Berliner Droschkenkutscher sind, eine nicht sehr glaubwürdige Ausrede; inzwischen wird sich schon eine Verständigung finden, zumal wenn die neue Actiengesellschaft ins Leben tritt, die den Betrieb des Droschkengewerbes im Großen in die Hand nimmt und bei der sich viele Kutscher in der Hoffnung, ihr Einkommen zu verbessern, gemeldet haben. Als Director dieser Actien-Droschken-Gesellschaft wird — der Polizeihauptmann Dennstedt fungiren, der Vater des neuen Droschkenreglements, welches den Streik veranlaßte. Dennstedt ist bereits um seine Entlassung aus dem Staatsdienst eingekommen. — Auch sonst liegt aus dem deutschen Reiche nur ein Ragout von allerhand Nachrichten vor: Man bezweifelt jetzt die Einleitung einer Disciplinaruntersuchung gegen Wagener und spottet bereits, daß er vielleicht gar noch als Entschädigung für erlittene Unbill eine Standeserhöhung, einen Orden oder eine Nationalbotation erhalten würde. Einen humoristischen Anstrich hat die Entdeckung, daß der Ehrenmann Wagener in seinem Siegel ein Rad führt. Neben dem Rade steht nicht etwa ein Galgen, sondern die Umschrift: Pura me movent, auf Deutsch: „Mich treiben reine Beweggründe". — In Posen entpuppt sich der Erzbischof Ledochowski als offener Revolutionär gegen die Staatsgesetze; in Mannheim ist der Führer der badischen Nationalliberalen, der Oberstaatsanwalt und Reichstagsabgeordnete Kiefer geisteskrank und in die Irrenanstalt Illenau gebracht worden; in Würtemberg wurde der frühere Minister v. Varnbühler in den Reichstag gewählt. — Ein zwischen dem Kronprinzen des deutschen Reichs und dem Prinzen von Wales ausgebrochener Etiquettenstreit wegen des Vortritts bei der Wiener Weltausstellung ist dahin ausgeglichen, daß sie im Vortritt abwechseln. Sie werden als Präsidenten ihrer betreffenden Landescommissionen im April bereits in Wien eintreffen.

Bei diesem Anlaß sei gleich mit erwähnt, daß das Capland einen 288 Karat wiegenden Diamanten ausstellen will. Der französischen Nationalversammlung wird vorgeschlagen, die zur Sendung von Pariser Arbeitern nach der Ausstellung erbetenen 100000 Frcs. zu verweigern, da zu befürchten stehe, daß die Arbeiter ebenso wie 1862 bei der Londoner Industrieausstellung ihr Augenmerk weniger auf künstlerische und industrielle Fragen richten, als an dem internationalen Arbeiterbunde sich betheiligen würden.

Thiers Rede, die seinem Lande eine Krisis erspart oder doch hinausgeschoben hat und die die Fortsetzung des Eiertanzes bis zur Räumung Frankreichs durch die Deutschen gestattet, hat ihn wieder sehr populär gemacht. Es gefällt dem französischen Publikum ausnehmend, wie er eine Partei nach der andern abkanzelte. Mit Ausnahme der äußersten Rechten und Linken, die an ihrem Groll festhalte, ist alle Welt wieder einmal zufrieden, daß Frankreich einen Präsidenten besitzt, der die bestehende Ordnung der Dinge dem Drängen aller Parteien gegenüber so lange zusammenzuleimen versteht, bis der Abzug des bösen Fremdlings ihnen aufeinander zu platzen erlaubt.

Die Gerüchte, daß sich Don Carlos, dieser Abglanz von Feigheit, in Spanien aufhalte, werden immer wieder ausgesprengt, wenn es sich darum handelt, die Anleihe der Carlisten in London unterzubringen. Thatsache ist es trotzdem, daß die carlistische Bewegung in vielen Provinzen an Umfang zunimmt; eingeäscherte Bahnhofsstationen, weggeschleppte und in die Banden gepreßte junge Mannschaften, geplünderte Kassen, erhobene Brandschatzungen, erschossene Bürger bezeichnen ihren Weg. In den Cortes haben die sog. Radikalen, d. h. die conservativen Republikaner einen Erfolg errungen, indem sie mehrere der Ihrigen in die Regierung brachten und damit die Auflösung der Cortes hintertrieben, ohne daß es bis jetzt zum Straßenkampfe gekommen wäre.

Locales und Sächsisches.

— Dem Pfarrer und Superintendenten zu Pegau, Dr. Wil. Täschner ist das Pfarr- und Superintendentenamt in Borna übertragen worden.

— Gestern Mittag 12 Uhr wurde der seitherige Vicepräsident des Appellationsgerichtes Zwickau, Herr geh. Justizrath Wehinger in sein neues Amt als Director des hiesigen Bezirksgerichts durch Herrn Appellationsgerichtspräsidenten Klemm eingewiesen. Dem feierlichen Acte wohnten das Personal des Bezirksgerichtes, die Mitglieder der Staatsanwaltschaft, sowie Deputationen des Rathes und der Stadtverordneten, bestehend aus den Herren Bürgermeister Dr. Hertel, Stadtrath Teucher, Stadtrath Gruner und den Herren Stadtverordneten Fröhner, Walter und Zeidler bei.

— Aus den letzten Landtagsverhandlungen ist Folgendes nachzutragen: Infolge der verschiedenen Nachpostulate hat sich das außerordentliche Budget auf die gegenwärtige Finanzperiode um 8,083,192 Thlr., wie Ref. Oehmichen berichtet, erhöht. Die Kammer verwilligt diese Summe, in welcher auch 250,000 Thlr. als Berechnungsgeld für Ankauf von Dienstgebäuden für die künftigen Amtshauptmannschaften inbegriffen sind. Der Minister v. Nostitz hat erklärt, daß vermuthlich 30 solcher Verwaltungsbezirke gebildet werden sollen und daß im Allgemeinen die früher schon bekannt gewordenen Orte die Wohnsitze dieser Behörden sein würden, etwas Bestimmtes sei jedoch noch nicht festgesetzt. Auf der 1. Kammer erstattete gleichen Bericht der Kronprinz Albert. — Auf Antrag des Ref. Klemm wurde die Regierung einstimmig ersucht, die Anordnung der kgl. Generaldirection der Staatseisenbahnen, betr. die Einführung einer 6stündigen Abladefrist für die in Wagenladungsfracht ankommenden Güter, die am 15. März in Anwendung kommen sollte, wieder aufzuheben und die 12stündige Frist wie bisher aufrecht zu erhalten. Gegen die Abkürzung der Abladungsfrist sprach besonders Walter, der für den kleinen Verkehr erhebliche Erschwerungen und Störungen fürchtete, sowie Oehmichen, der das Interesse der Landwirthschaft an einer längeren Abladefrist betonte, während Geh. Rath v. Thümmel vergebens auf die durch Festsetzung einer nur 6stündigen Frist erhöhte größere Benutzung des Fahrmittelparks hinwies, übrigens die größte Coulanz der Beamten gegen das Publikum in Aussicht stellte. Infolge dieses Beschlusses erklärte gestern der Minister v. Friesen, daß er sofort Verfügung erlassen habe, daß die Verordnung wegen der 6stündigen Frist nicht ausgeführt werde. (Bravo!) Nach näherer Prüfung werde sich's dann finden, ob es hierbei verbleiben könne oder ob, wie leicht möglich, auf jene Verordnung zurückgekommen werden müßte. (Beifall.) In Bezug auf die Eisenbahnen verständigten sich die Kammern zu folgenden Beschlüssen: die 2. nimmt den Antrag wegen Verfalls gestellter Cautionen, wenn bis zur festgesetzten Frist nicht mit dem Baue der Eisenbahn begonnen worden ist, in der Fassung der 1. Kr. an; diese läßt wiederum den Antrag als selbstverständlich fallen, daß die Regierung bei vorkommenden falschen Vorspiegelungen den Fall der Staatsanwaltschaft zur weiteren Verfolgung mittheilen habe. Ein Hauptdifferenzpunkt war der, daß die 1. Kr. gar nicht über die Eisenbahnprojecte Beschluß gefaßt hatte, zu welchen keine speciellen Vorarbeiten eingegangen waren. Es betraf dies die Linien Ebersbach-Görlitz, Freiberg-Pirna, Meißen-Pegau-Weißenfels, Altenburg-Berlin, Döbeln-Mügeln-Strehla, Radeberg-Großenhain, Lodenbach-Chemnitz. Hierin haben sich die Krn. so geeinigt, daß alle zu diesen Projecten eingegangenen Petitionen der Regierung zur Kenntnißnahme übersendet werden. In den übrigen Eisenbahnprojecten war die Differenz nicht sehr groß; die Beschlüsse werden meist in der Fassung der 2. Kr. aufrecht erhalten, die rechte Elbuferbahn wird auch in der 1. Kr. abgelehnt. — In Betreff der Steuerreform ist vom Finanzminister v. Friesen folgender Vermittelungsvorschlag eingegangen: „Die Regierung soll dem nächsten Landtage einen Gesetzentwurf behufs Einführung einer allgemeinen Klassen- und Einkommensteuer vorlegen. 2) Neben der allgemeinen Klassen- und Einkommensteuer ist die Grund- und Gewerbesteuer beizubehalten. Beide werden zur Befreiung von ihren wesentlichsten Mängeln und um ein möglichst richtiges Verhältniß zwischen beiden herzustellen, einer Revision unterworfen. 3) Bei jedem Staatsbudget wird durch Gesetz festgestellt, welcher Theil des Bedarfs auf die Grund- und Gewerbe- und welcher auf die Klassen- und Einkommensteuer gelegt werden soll." Dieser Vorschlag wird in der 1. Kammer einstimmig, in der 2. mit 41 gegen 29 Stimmen angenommen, nachdem ihn Günther kurz empfohlen, Dr. Gensel und Jordan ihren entgegengesetzten Standpunkt jedoch gewahrt hatten. — In der Frage der Dresdner Justizneubauten nimmt die 1. Kr. einstimmig, die 2. gegen 3 Stimmen folgenden Vereinigungsvorschlag an: 1. die Kammern genehmigen nachträglich die abgeschlossenen Hausverkäufe und stellen dazu 190,000 Thlr. ins außerordentliche Budget, ermächtigen auch die Regierung zum Ankaufe des Bonditschen Hauses zu angemessenem Preise. 2. Sie ermächtigen das Justizministerium, wegen der Justizgebäude, sei es ganz oder theilweise, — entweder auf dem von der Rampeschen- und Landhausstraße und kleinen Schießgasse begrenzten und im Staatsbesitze befindlichen Grundstücke, oder auf dem Rampeschen Holzhofe — die umfassendsten Erörterungen vornehmen zu lassen, von dem früher bewilligten Berechnungsgelde von 500,000 Thlr. nur soviel zu verwenden, als zu dieser Erörterung und bezw. zur Anschaffung von Baumaterialien erforderlich ist; eine Concurrenz, soweit thunlich, auszuschreiben und den nächsten Kammern Pläne und Kostenvorschläge vorzulegen. Diesen Vorschlag empfahl in der 1. Kr. Vicepräs. Pfotenhauer, in der 2. Kr. Dr. Rentzsch. Abg. Sachße und Strödel wünschen, wie die Petitionen der Gemeindevertretung Dresdens und des hiesigen Gewerbevereins, daß die Gebäude für die Civilrechtspflege in die innere Stadt, die für die Criminalrechtspflege auf den Rampeschen Holzhof kommen. Der Justizminister Abeken ist dieser Trennung nicht entgegen. Jedoch entscheidet sich der Landtag durch Annahme obiger Anträge nicht schon definitiv für diese Trennung, vielmehr wahrt er die freie Entschließung hierüber dem nächsten Landtage. Bei der Debatte erklärt noch Ludwig, daß er bei seinem früheren Tadel der Chemnitzer Justizgebäude nicht den Landbaumeister Canzler im Auge gehabt habe, der ihm persönlich unbekannt sei. Sein Tadel habe nur dem Principe dieses Baues, nicht der Person gegolten. Der Justizminister dankt für diese Erklärung. — Noch ist (über die wichtigsten der Petitionen berichten wir morgen) aus den letzten Geschäften der Krn. zu erwähnen, daß die 2. Kr. bezüglich der Aenderung der Verfassung (freie Präsidentenwahl u. s. w.) bei ihrem Beschlusse einstimmig stehen geblieben ist. Da sich, wie Vicepräs. Streit erwähnte, die gleichgesinnte Minorität in der 1. Kr. zusammensetzt aus den königl. Prinzen, den Vertretern des Hauses Schönburg, der protestantischen und katholischen Geistlichkeit, des höchsten sächsischen Gerichtshofs, der Industrie, sämmtlichen Bürgermeistern und mehreren Rittergutsbesitzern von gutem Namen, so ist zu hoffen, daß die 1. Kr. beim nächsten Landtag sich nicht so ablehnend verhalten wird.

Gestern saßen beide Kammern in anstrengender Arbeit bis Nachmittag 3 Uhr. Nach Schluß der Geschäfte warf in der 1. Kr. Präs. v. Zehmen einen Rückblick auf die umfassende, reichhaltige Thätigkeit des abgeschlossenen Landtags und dankte der Kammer wie der Regierung für die Unterstützung, die sie ihm in seiner Amtsführung gewährt hatten. Namens der Kr. erwiderte Vicepräs. Pfotenhauer, Namens der Regierung Kriegsminister v. Fabrice diesen Dank. Die 1. Kr. ging unter einem dreimaligen enthusiastischen Hoch auf den König auseinander. In der 2. Kr. trug Präs. Schaffrath zunächst eine vom Archivar Fröhliger abgefaßte Uebersicht über die Thätigkeit der 2. Kr. vor. Dieselbe hat 142 öffentliche und 6 geheime Sitzungen gehalten, die Hauptregistrande hat nicht weniger als 1863 Nummern umfaßt. Sie enthielt 102 königl. Decrete, 40 selbstständige Anträge von Abgeordneten, 1023 Petitionen und Beschwerden, 14 Interpellationen, 240 Protokollauszüge der 1. Kr., 282 Berichte der Deputationen u. s. w. Die Geschäfte stehen denen der längsten sächsischen Landtage nicht nach. Hierauf erhebt sich Dr. Schaffrath zu folgender Ansprache:

Die Geschäfte dieses Landtags sind nun erledigt. Er war gewiß einer der wichtigsten seit Gründung der Verfassung. Erwarten wir getrost das Urtheil der Geschichte über unser Arbeiten. Ich habe Ihnen nur noch herzlichst zu danken für die große Nachsicht und Güte, die Sie mir bei meinem schwierigen Amte zu Theil werden ließen. Ich danke den Beamten unserer Kanzlei, dem braven Archivar, dem wackern stenographischen Institut, dem Redacteur der Mittheilungen und ich danke Ihnen Allen, meine Herren, im Namen des Landes für Ihre aufopfernde Thätigkeit. Dank besonders den Mitgliedern des Directoriums und der Deputationen für Ihre Unterstützung. Den Staatsministern und königl. Commissaren danke ich aber in gleicher Weise. Ich habe nicht eine einzige Fehlbitte an die Minister gethan in Bezug auf die Förderung unserer Geschäfte. Sie gingen stets auf das Bereitwilligste auf meine Gesuche ein, obwohl ich mitunter starke Anforderungen an ihre Arbeitskraft gemacht habe.

Vicepräs. Streit ersucht die Kammer, sich zum Zeichen der Anerkennung für die umsichtige und aufopfernde Leitung der Landtagsarbeiten durch den Präsidenten zu erheben. Dieß geschieht einmüthig. Dr. Schaffrath nimmt mit tiefer Rührung diesen Ausdruck der Gesinnung der Kr. als theures Vermächtniß in sein Privatleben mit hinüber. Der Premierminister v. Friesen dankt dem Präsidenten freundlichst für das auch von ihm stets bewiesene Wohlwollen und Entgegenkommen und der Kr. selbst für ihre große Hingebung und Aufopferung an diesem arbeitsvollen Landtage. Er schließt mit der Hoffnung, daß sich Kammer und Regierung in nicht zu langer Zeit wieder zusammenfinde. Präs. Dr. Schaffrath bringt ein Hoch auf König, Verfassung und Vaterland aus, in das die Kr. begeistert dreimal einstimmt, um sich dann zu trennen.

— Gestern Mittag besuchte J. K. H. die Herzogin von Genua Lübicke's Wintergarten und verweilte mit Wohlgefallen längere Zeit in diesen lieblichen Räumen.

— In der Presse circulirt die Nachricht, daß das Kriegsministerium an alle Diejenigen, welche etwa aus dem letzten Kriege noch Anspruch auf eine Decoration haben sollten, eine Aufforderung gerichtet hat, diese Ansprüche geltend zu machen. Es handelt sich hier nicht um die Verleihung eigentlicher Orden, sondern um die Kriegsdenkmünze, welche bekanntlich Allen zu Theil werden soll, die während des Krieges, sei es in militärischen, sanitären oder administrativen Functionen die feindliche Grenze überschritten haben.

— Vom Königl. Kriegsministerium erhalten wir folgende Zuschrift: In den letzten Tagen haben mehrere hiesige und auswärtige Tagesblätter die Löhnungsverhältnisse der sächsischen Soldaten und die von letzteren zu leistenden Beiträge zu den gemeinschaftlichen Menagen einer Besprechung unterzogen. Da dieselbe mehrfache Unrichtigkeiten enthält, so wird hierzu Folgendes erläuternd bemerkt. Es ist unrichtig, daß der sächsische Soldat anders gestellt ist, als derjenige der übrigen deutschen Armeecorps; derselbe erhält vielmehr alle Competenzen genau nach den Sätzen, welche durch die auch hier eingeführten königl. preußischen Reglements bestimmt sind. Ferner ist es keineswegs eine specifisch sächsische Einrichtung, sondern beruht lediglich auf einer Bestimmung des preußischen Reglements über die Natural-Verpflegung der Truppen im Frieden, daß der Soldat täglich 12½ Pfennige von seiner Löhnung und außerdem den Verpflegungszuschuß zur Beschaffung des Frühstücks und der Mittagskost abzugeben hat. Die Durchführung dieser Maßregel war geboten, um dadurch mit den im Reichsheer allgemein giltigen Bestimmungen in Uebereinstimmung zu kommen. Eine Vergleichung der jetzigen Verhältnisse mit den früheren ergiebt übrigens, daß der Soldat früher nach Abzug des Beitrags für die Mittagskost täglich 2 Neugroschen zur freien Verfügung behielt, während ihm jetzt zwar nur 17½ Pfennige verbleiben, er aber für den Beitrag zur Menage Frühstück, Mittagsessen und bei den meisten Truppen auch Abends eine Suppe oder Kartoffeln erhält. Schließlich sei noch erwähnt, daß bei fast allen Truppentheilen um den